

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 11.05.2017**

öffentlich

Ort:	Stadthaus Festsaal Marktplatz 2 06108 Halle (Saale)
Zeit:	17:10 Uhr bis 19:05 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Dr. med. Detlef Wend

Frau Katharina Brederlow

Christina Greiner

Thomas Hesse

Dr. Hendrik Kluge

Tilo Kurth

Mirko Petrick

Tatjana Privorozkaja

Sascha Richter

Petra Schneutzer

Nico Teschner

Christiane Sünemann

Kerstin Köferstein

Uwe Kramer

Sylvia Plättner

Helga Schubert

Christof Starke

Ines Ehrt

Steffen Kohlert

Andreas Schachtschneider

Heike Wießner

Ute Haupt

Josephine Jahn

Klaus Hopfgarten

Melanie Ranft

Dr. Regina Schöps

Ausschussvorsitzender

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Teilnahme ab 17:10 Uhr

Beigeordnete für Bildung und Soziales

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss

stimmberechtigtes Mitglied im

Jugendhilfeausschuss

stimmberechtigtes Mitglied im

Jugendhilfeausschuss

stimmberechtigtes Mitglied im

Jugendhilfeausschuss

stimmberechtigtes Mitglied im

Jugendhilfeausschuss

stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

im Jugendhilfeausschuss

Vertretung für Frau Gellert

stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

im Jugendhilfeausschuss

Vertretung für Herrn Jörg Rommelfanger

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN

Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES

FORUM

Verwaltung

Claudia Schröder

Heike Schaarschmidt

Christine Heusch

Frank Gabel

René Lukas

Fachbereichsleiterin Fachbereich Bildung

Referentin für Bildung und Soziales

Teamleiterin Jugendarbeit/Jugendpflege

Leiter- Koordinierungsstelle RÜMSA

stellv. Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Romy Dietrich
Dr. Toralf Fischer
Richter Bruno Glomski
Susanne Wildner
Susanne Willers
Tobias Woelki
Beate Gellert

beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Vertretung durch Herrn Starke
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Vertretung durch Frau Ehrt

Jörg Rommelfanger

zu **Einwohnerfragestunde**

Es gab keine Fragen von Einwohnern.

zu **Kinder und Jugendsprechstunde**

Es gab keine Fragen zur Kinder und Jugendsprechstunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Plättner, stellv. Ausschussvorsitzende, eröffnete die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Brederlow informierte darüber, dass eine Dringlichkeitsvorlage zur Abstimmung vorliegt.

Sie gab den Grund dieser Dringlichkeitsvorlage **Maßnahmeübertragungen vom Projektträger "SKV Kita gGmbH" an den Projektträger "Kinderland Halle gemeinnützige UG"** Vorlage: VI/2017/03011 bekannt und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

Frau Plättner bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Die Dringlichkeitsvorlage wird unter dem Tagesordnungspunkt 5.1 behandelt.

Da es keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung gab, rief **Frau Plättner** zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

- Einwohnerfragestunde
- Kinder und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 09.03.2017
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 06.04.2017
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Maßnahmeübertragungen vom Projektträger "SKV Kita gGmbH" an den Projektträger "Kinderland Halle gemeinnützige UG"
Vorlage: VI/2017/03011
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung
Vorlage: VI/2017/02783
- 6.2. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erhöhung der Mittel für die Jugendarbeit
Vorlage: VI/2017/02862
- 7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) zu HzE-Leistungen
Vorlage: VI/2017/03002
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht zur Schulsozialarbeit
- 8.2. Bericht zum Projekt „Regionales Übergangsmanagement in Sachsen-Anhalt (RÜMSA)“ in der Stadt Halle (Saale)
- 8.3. Themenausblick
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 09.03.2017

Die Niederschrift vom 09.03.2017 wurde ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 06.04.2017

Die Niederschrift vom 06.04.2017 wurde vertagt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine nicht öffentlichen Beschlüsse bekannt zu geben.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Maßnahmeübertragungen vom Projektträger "SKV Kita gGmbH" an den Projektträger "Kinderland Halle gemeinnützige UG"
Vorlage: VI/2017/03011**

Frau Brederlow gab zur Kenntnis, dass auf Grund der Gewährleistung von Rechtsnormen, die Veränderung bzw. die Maßnahmenübertragung mit dieser Beschlussvorlage einbracht wird.

Herr Schachtschneider fragte, ob dieses Vorhaben mit dem gleichen Personal und der gleichen Art und Weise wie es beschlossen wurde, vollzogen wird.

Frau Schröder antwortete, dass dieses Vorhaben so fortgesetzt wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Plättner** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt folgende Maßnahmen vom Projektträger „SKV Kita gGmbH“ an den Projektträger „Kinderland Halle gemeinnützige UG“ mit Wirkung zum 01.05.2017 zu übertragen:

Lfd. Nr. Beschluss VI/2016/02314 - Anlage	Projektname
07	LB VI offene Kinder- und Jugendarbeit im JFE Bäumchen
11	frühkindliche Bildung in den Kitas Knirpsenland 1 und Knirpsenland 2
39	Schulsozialarbeit an der Grundschule Heideschule in Heide-Nord

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Vorlage: VI/2017/02783

Frau Ranft brachte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung Vorlage: VI/2017/02783 ein und begründete diesen.

Frau Brederlow teilte mit, dieser Sachverhalt wurde im Bildungsausschuss diskutiert. Der Vertreter des Landesschulamtes war zugegen und hat die Vor- und Nachteile erläutert. Er hat auf mehrere problematische Punkte hingewiesen.

Frau Greiner fügte hinzu, dass es keine unterschiedlichen Anrechnungsstunden zwischen zwei einzelnen nebeneinander stehenden Schulen gibt. Es ist zu bedenken, dass zwei Schulen an einem Ort große Konflikte hervorrufen.

Herr Schachtschneider ergänzte, dass es für Eltern unverständlich ist, dass zwei Schulen in einem Gebäude untergebracht sind. Die Denkweise ist falsch, dass bei einem Lehrerausfall dieser unmittelbar von einem Lehrer aus der anderen Schule vertreten werden kann. Eine Abordnung innerhalb von 5 min wird es nicht geben.

Frau Plättner teilte mit, dass es schwierig zu managen ist, wenn 80 % von 400 Kindern den Weg zum Hort durch Halle Neustadt nehmen müssen.

Frau Ranft bemerkte, das im Umkehrschluss eine Sekretärin ca. 20 Stunden mehr Zeit in der Woche hätte und die Schulleitung dementsprechend auch.

Frau Brederlow gab bekannt, dass die Ausführungen von Frau Plättner richtig sind. Dieser erwähnte Sachverhalt ist bekannt und es wird mit der AWO als Hortträger darüber gesprochen. Des Weiteren teilte Sie mit, dass die Sekretärinnen dem städtischen Personal angehören.

Frau Greiner erwähnte das Neutralitätsverhalten des Herrn Breuer vom Landesschulamt. Er sei nicht vom Dienstherrn beauftragt wurden in irgendeine Richtung zu agieren. Das Landesschulamt prüfte das Für und Wider zu dieser Angelegenheit.

Herr Schachtschneider äußerte, dass es verschiedene Ansichten von beiden Schulleitern zum vorliegenden Sachverhalt gibt. Es obliegt nicht dem Jugendhilfeausschuss, diese

Angelegenheit durch einen Beschluss zu erzwingen.

Frau Plättner bat um die Abstimmung des TOP 6.1.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Ratsbeschluss vom 17.12.2014, Vorlage Nr. V/2014/12788 zur Ersten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 insofern abzuändern, dass keine Fusion der Grundschulen „Wolfgang Borchert“ (Wolfgang-Borchert-Straße 42, 06126 Halle) und der Grundschule am Zollrain (Harzgeroder Straße 63, 06124 Halle) erfolgt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung am 26.04.2017 eine Beschlussvorlage mit einem Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Schulgebäude Wolfgang-Borchert-Straße 40 und 42 für zwei weiterhin eigenständige Grundschulen vorzulegen. In der Beschlussvorlage sind die Ergebnisse der Prüfung der Möglichkeiten der Nutzung des Förderprogramms STARK III und eines notwendigen Eigenmitteleinsatzes zusammenzufassen und ein Zeitplan für eine Sanierung anzugeben.

zu 6.2 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erhöhung der Mittel für die Jugendarbeit Vorlage: VI/2017/02862

Frau Dr. Schöps brachte den Antrag ein und begründete diesen.

Frau Brederlow gab bekannt, dass die Verwaltung empfiehlt diesen Antrag abzulehnen, weil eine Jugendhilfeplanung vorliegt. In dieser wurde die Steigerung der Kosten bzw. der Bedarf beschrieben und soll auch somit erfolgen. Eine inhaltliche Summenfestlegung ist unzweckmäßig, weil sich die Jugendhilfeplanung nach einem Bedarf richtet. Des Weiteren erläuterte sie, wenn die HzE Leistungen erwähnt werden, dann müssen alle Leistungen in der Jugendhilfe in Betracht gezogen werden. Es erfolgt Ende dieses Jahres oder spätestens zu Beginn 2018 ein Präventionskonzept. In diesem Konzept sind alle angesprochenen Punkte mit aufgenommen.

Herr Schachtschneider war der Meinung, dass der Beschlussvorschlag sich zur einer Art Prüfauftrag entwickelt. Es ist ein Zusammenhang zwischen Prävention und HzE vorstellbar, aus diesem Grund unterstützt er diesen Antrag.

Frau Haupt legte dar, dass die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) die Intension dieses Antrages nachvollziehen kann. Der Antrag beinhaltet zwei Gesichtspunkte, das Geld und einmal das Konzept, welches hier etwas bewirken möchte.

Frau Haupt empfahl, den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht in seiner derzeitigen Art zu beschließen. Es sollte die eben geschilderte Sachlage von Frau Brederlow miteinfließen.

Frau Ranft bemerkte, dass man sich selbst verständig am Bedarf orientieren muss aber die

Erfahrung zeigt, dass man den Bedarf ungleich berechnen kann. Des Weiteren muss man prüfen, wie viel Geld letztendlich benötigt wird.

Frau Dr. Schöps wies darauf hin, dass dieser Antrag für die Vorbereitung der Jugendhilfeplanung 2019 ausgerichtet ist. Der Betrag von 115,- Euro ist der Durchschnittsbetrag der vergleichbaren Kommunen aus der Vergangenheit.

Herr Dr. Wend äußerte sich, dass die Intension des Antrages die geforderte Unterstützung im Ausschuss findet. Das Problem ist die Fixierung einer Zahl zu diesem Sachverhalt. Er bot die Einbringung eines Änderungsantrages als Lösungsvorschlag ein.

Herr Kramer betonte, dass eine Strategie wichtig ist und entwickelt werden muss. Die Zahl 115,- Euro ist die Durchschnittszahl aus der con_sens Studie. Er schlug vor, die Zahl durch eine Textpassage zu ergänzen.

Frau Dr. Schöps teilte mit, dass sie den Änderungsvorschlag von Herrn Kramer übernimmt.

Herr Schachtschneider bemerkte, dass nun die Zahl durch einen Durchschnittswert ersetzt wird. In der Studie sind die 115,- Euro ersichtlich. Er schlug vor, sich mehr auf die tatsächlichen Bedarfe zu orientieren.

Frau Brederlow entgegnete, dass dies in der Jugendhilfeplanung mit den Beschlusspunkt 2 bereits beschlossen wurde. Die Kommunalaufsicht hat dies bestätigt.

Frau Schubert teilte mit, dass es eine Verknüpfung der beiden Änderungsvorschläge geben sollte.

Frau Brederlow bemerkte, dass der Stadtrat im letzten Jahr für diesen Bereich zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt hat.

Frau Dr. Schöps erwähnte, dass sie den Änderungsvorschlag von Herrn Kramer übernimmt.

Frau Dr. Schöps gab den Ausschussmitgliedern die inhaltliche geänderte Formulierung des Antrages bekannt.

Herr Dr. Wend bat um die Abstimmung des TOP 6.2

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt nach Änderung

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Strategie zu entwickeln, mithilfe derer die Anhebung der Mittel für die Jugendarbeit ~~auf 115 EUR pro~~ **auf den Mittelwert vergleichbarer Kommunen laut con_sens-Bericht 2016 für** Einwohner unter 21 Jahren ab dem Jahr 2019 realisiert werden kann.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) zu HzE-Leistungen
Vorlage: VI/2017/03002

Frau Ranft erläuterte, durch die Anfrage soll in Erfahrung gebracht werden, ob es möglich ist, HzE - Kosten zu reduzieren.

zu 8 Mitteilungen

Die neu entsandten beratenden Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss wurden von **Frau Brederlow** vorgestellt.

zu 8.1 Bericht zur Schulsozialarbeit

Frau Heusch stellte den Ausschussmitgliedern den Bericht zur Schulsozialarbeit vor.

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Kohlert fragte, wie die Kompetenzförderung für Schulsozialarbeiter durchgeführt wird. Des Weiteren wollte er wissen, ob es bei der Netzwerkstelle „Schulerfolg“ eine inoffizielle, geschätzte Zahl gibt.

Frau Heusch erläuterte die Problematik zur Schulverweigerung. Die Datenlage dazu ist unzureichend, weil der Erlass vom Land Sachsen - Anhalt nicht den entsprechenden pädagogischen Spielraum hergibt.

Frau Heusch teilte mit, dass jeder Schulsozialarbeiter bestimmte Fähigkeiten in seinem Bereich hat. Die Schulsozialarbeiter sind sehr bestrebt sich weiterzubilden.

Herr Dr. Wend fragte, ob es Konfliktsituationen zwischen Schulsozialarbeitern und der Schule bzw. zu den Lehrerinnen und Lehrer gibt.

Frau Heusch berichtete, dass überwiegend eine sehr gute Zusammenarbeit festzustellen ist.

Frau Dr. Schöps erkundigte sich, ob die Befragung zum halleschen Schulsozialarbeitsprojekt 2017 auch zukünftig erfolgt und durchgeführt wird.

Frau Heusch gab an, dass der Fokus dieser Befragung für verschiedene Zielgruppen erweitert wird.

Herr Schachtschneider fragte wie der Auswertungspunkt „teils, teils“ zur Umfrage der Zufriedenheit anhand der Aufgaben der Netzwerkstelle aufzufassen ist.

Herr Deckert gab bekannt, dass der Aspekt „Zufriedenheit“ in 5 Befragungspunkte gegliedert wurde. Es sollte dadurch ein sogenannter Mittelwert erfragt werden.

Frau Ehrt erkundigte sich, ob die zurückgegangene Zahl der Schulverweigerer identisch mit der Zahl der Schulabbrecher ist.

Frau Heusch erläuterte, dass die Zahl nicht identisch ist. Die Schule verlassen 12 % mit einem Hauptabschluss.

zu 8.2 Bericht zum Projekt „Regionales Übergangsmanagement in Sachsen-Anhalt (RÜMSA)“ in der Stadt Halle (Saale)

Frau Ranft fragte, wie viele erfolgreiche Teilnahmen es bei dem Projekt gab und welche Hauptschwierigkeiten sich bei der Umsetzung des Projektes ergeben. Des Weiteren erkundigte sie sich nach der Zusammenarbeit mit den Schulen und den Arbeitgebern.

Herr Gabel teilte mit, dass die Koordinierungsstelle RÜMSA den Auftrag hat, die Zusammenarbeit der Institutionen Jugendhilfe, Agentur für Arbeit und Jobcenter zu koordinieren. In der vorliegenden Präsentation ist der Arbeitsauftrag unter den Begriff „Handlungssäule“ verdeutlicht.

Frau Brederlow ergänzte, dass die Nennung der Teilnehmerzahlen bezogen auf die Netzwerkstelle schwierig ist. Es sind weitgehend Projekte die dort absolviert worden.

Herr Gabel informierte, dass über dieses Projekt ca. 60 Jugendliche unterstützt werden. Derzeitig werden 38 Jugendliche über das Projekt betreut.

zu 8.3 Themenausblick

zu 8.4 Frau Brederlow zur Erarbeitung der Beschlussvorlage für die Neuwahl aller Ämter von Frau Plättner

Frau Brederlow teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass derzeitig die Beschlussvorlage für den Stadtrat zur Neuwahl vorbereitet wird.

zu 8.5 Frau Brederlow zur Inbetriebnahme des Hortes in der Grundschule Glaucha

Frau Brederlow berichtete, dass die Betreuung in dem Hortgebäude vom 01.08.2017 bis 09.08.2017 nicht stattfinden kann. Die Eltern, die eine Betreuung in diesem Zeitraum benötigen, können dies bei dem vorgesehenen Elternabend am 22.05.2017 ansprechen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Haupt zum Asylbewerberleistungsgesetz für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Frau Haupt fragte, warum sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, finanziell schlechter gestellt, wenn sie in die Finanzierung der Jugendhilfe kommen.

Frau Brederlow bat um eine konkrete Anfrage zum Sachverhalt. Eine schriftliche Antwort wurde zugesichert.

zu 9.2 Frau Ranft zum Bereich der Schulsozialarbeit und den Sekretariatsstunden

Frau Ranft wollte wissen, an welchen Standorten die Verwaltung höhere Bedarfe identifiziert. Diese sollen in Schulen für den Bereich der Schulsozialarbeit und im Bereich der Sekretariatsstunden geprüft werden.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Antwort zu.

zu 9.3 Frau Plättner zum Thema Schulsozialarbeit für kommunalgeförderte Stellen.

Frau Plättner wollte wissen, ob die freien Träger einen erneuten Antrag für das Jahr 2018 für die kommunalgeförderten Stellen beantragen müssen.

Frau Schröder teilte mit, dass dieser Sachverhalt geprüft wird. Bei der Notwendigkeit einer Antragsneustellung werden die Antragssteller informiert.

zu 9.4 Herr Kramer zur ESF – Fortführung für die Schulsozialarbeit

Herr Kramer fragte, was passiert, wenn die Schulsozialarbeit im Jahr 2018 die Förderung der ESF wegfällt. Wie soll der Träger damit umgehen?

Frau Brederlow berichtete, dass die Verwaltung dazu eine Strategie zum Sachverhalt erarbeitet

zu 9.5 Herr Schachtschneider zum Hort Glaucha

Herr Schachtschneider fragte, ob der Hort Glaucha die Aufnahme einer zweiten Klasse bewältigen kann.

Frau Brederlow informierte, dass die Aufnahme einer zweiten Klasse im Hort Glaucha problemlos realisiert wird. Die Zahlen berufen sich in der ersten Klasse auf 48 Kinder und in der zweiten Klasse auf 14 Kinder.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Frau Dr. Schöps regte an, den Fragebogen zum halleschen Schulsozialarbeitsprojekt 2017 überschaubarer zu gestalten

Frau Dr Schöps regte an, den Fragebogen zum halleschen Schulsozialarbeitsprojekt 2017 übersichtlicher zu gestalten und zugleich eine veränderte Fokussierung vorzunehmen.

zu 10.2 Frau Wiesner regte an, das Kinder- u. Jugendchorfestival auf den Themenausblick zunehmen

Frau Wiesner regte eine Behandlung des Kinder- und Jugendchorfestivals im Jugendhilfeausschuss an. Sie schlug eine Vorstellung des Trägers im Jugendhilfeausschuss vor.

zu 10.3 Frau Ranft zur 10-minütige Vorstellung für künftige PowerPoint Präsentationen

Frau Ranft bat darauf zu achten, dass der Zeitfaktor von 10 Minuten bei den PowerPoint Präsentationen nicht überschritten wird.

zu 10.4 Herr Petrick zu den Broschüren des Bundesministeriums / Flyer des Kinder und Jugendrates

Herr Petrick machte darauf aufmerksam, dass die Broschüren des Bundesministeriums und die Flyer des Kinder- und Jugendrates zur Sichtung ausliegen.

zu 10.5 Herr Petrick zum Tag der offenen Tür des Kinder- und Jugendrates am 21.06.2017

Herr Petrick regte eine Teilnahme zum Tag der offenen Tür des Kinder- und Jugendrates am 21.06.2017 an.

Da es keine weiteren Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Wend** die öffentliche Sitzung und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer